



Detailansicht des Regelungsvorhabens

Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes

Aktuell seit 05.01.2026 14:27:11

Aktiv vom 25.06.2024 bis 05.01.2026

Angegeben von:

Digitale Gesellschaft (R000049) am 25.06.2024

Beschreibung:

Mit der Änderung des BDSG soll eine pauschale und weitgehende Ausnahme für das Auskunftsrecht eingeführt werden, die wir scharf kritisieren. Zudem soll die Rechtsstellung der Datenschutzkonferenz geändert werden, die wir in der vorgeschlagenen Form für nicht ausreichend erachten. In Ermangelung einer klaren europäischen Regelung ist zudem das bundesweite Verbot einer biometrischen Fernidentifikation durch Videoüberwachung zu fordern.

Zu Regelungsentwurf

1. Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 20/10859 (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes

Zuständiges Ministerium: BMI (20. WP) [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffene Interessenbereiche (3)

Datenschutz und Informationssicherheit [\[alle RV hierzu\]](#)

Sonstiges im Bereich "Gesellschaftspolitik und soziale Gruppen" [\[alle RV hierzu\]](#)

Sonstiges im Bereich "Innere Sicherheit" [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffene Bundesgesetze (1)

BDSG 2018 [\[alle RV hierzu\]](#)

